

Pressedienst Nr. 16452  
Mittwoch, 25. Jänner 2023

Stromkostenbremse nun auch für bäuerliche Haushalte gültig . . . . .	1
Moosbrugger begrüßt Zugang bäuerlicher Haushalte zum Stromkostenzuschuss . . . . .	1
Öffentliche Anhörung zur EU-Bürgerinitiative "Bienen und Bauern retten" . . . . .	2
IGP: Realitätsfremde Bürgerinitiativen gefährden bäuerliche Familienbetriebe . . . . .	3
EU-Kommission legt überarbeitete Initiative für Bestäuber vor . . . . .	4
Wintertagung Ackerbau: Probleme exportieren verbessert globale Klimabilanz nicht . . . . .	5
Wintertagung Bergwirtschaft: Produktion durch effiziente Flächennutzung erhalten . . . . .	7
Bauernbund: Stromkostenbremse auch für Landwirtschaft sichert Versorgung . . . . .	9
Bio Austria-Bauerntage 2023 offiziell eröffnet . . . . .	9

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## Stromkostenbremse nun auch für bäuerliche Haushalte gültig

Antrag muss gestellt werden - Abwicklung dazu wird erst erarbeitet

Wien, 25. Jänner 2023 (aiz.info). - Um den aktuellen Strompreissteigerungen entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung eine Stromkostenbremse erarbeitet, die seit 1. Dezember 2022 wirksam ist und heimische Haushalte entlasten soll. Viele Familien, die in der Land- und Forstwirtschaft oder im gewerblichen Bereich tätig sind, beziehen jedoch sowohl ihren betrieblichen als auch ihren Haushaltsstrom über Stromzähler, die auf das Lastprofil "Landwirtschaft" oder "Gewerbe" lauten. "Diese Familien wären derzeit von der Stromkostenbremse ausgenommen. Um diese Ungleichbehandlung auszuräumen und die betroffenen Haushalte zu unterstützen, setzen wir jetzt ein Antragsmodell um. Künftig können neben den Haushalten mit landwirtschaftlichen Lastprofilen auch Haushalte mit gewerblichen Lastprofilen einen Antrag auf Gewährung der Stromkostenbremse stellen", betonen Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** sowie Arbeits- und Wirtschaftsminister **Martin Kocher** anlässlich des heutigen Beschlusses der Novelle des Stromkostenzuschuss-Gesetzes im Nationalrat.

"Ohne Strom keine Lebensmittel. Umso wichtiger ist es, unsere bäuerlichen Familienbetriebe bestmöglich zu unterstützen. Mit dem Antragsmodell stellen wir sicher, dass auch alle bäuerlichen Haushalte mit der Stromkostenbremse entlastet werden können. Zusätzlich entlasten wir landwirtschaftliche Betriebe mit dem 120 Mio. Euro Stromkostenzuschuss", so Totschnig. Weitere und laufend aktuelle Informationen stehen unter [www.landwirtschaft.at](http://www.landwirtschaft.at) zur Verfügung.

Die Details zur Abwicklung des Antragsmodells werden vom Landwirtschafts- und Arbeits- und Wirtschaftsministerium im Rahmen einer Verordnung erarbeitet. Dabei werden auch etwaige Doppelförderungen, wie etwa durch das Pauschalmodell oder den Energiekostenzuschuss ausgeschlossen. Anträge sollen noch im Frühjahr 2023 gestellt werden können und bis 31. Mai 2023 möglich sein. Auf den Stromrechnungen wirksam wird die Novelle mit 1. Juni 2023 für die Dauer von 19 Monate. (Schluss)

## Moosbrugger begrüßt Zugang bäuerlicher Haushalte zum Stromkostenzuschuss

Dank an Minister Brunner und Totschnig - Top-Up für größere Familien geplant

Wien, 25. Jänner 2023 (aiz.info). - "Eine verlässliche, leistbare Stromversorgung ist für jeden Haushalt etwas ganz Elementares. Wir begrüßen daher sehr, dass es gelingt, auch bäuerlichen und gewerblichen Privathaushalten Zugang zum Stromkostenzuschuss zu verschaffen", betont Landwirtschaftskammer Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** anlässlich des heutigen Beschlusses der Novelle des Stromkostenzuschuss-Gesetzes im Nationalrat.

"Damit kann die Strompreissteigerung in allen Haushalten – so auch in den bäuerlichen – etwas abgedämpft werden. Danke an die Bundesregierung, allen voran Finanzminister Magnus Brunner und Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig, dass sie diese Lösung auf den Weg gebracht und somit eine wichtige zusätzliche Entlastung für alle bewirkt haben", so Moosbrugger. "Positiv werten

wir auch, dass größere Familien und somit Haushalte mit mehr als drei hauptwohnsitzgemeldeten Personen ein Top-Up für den erhöhten Stromverbrauch beantragen können", hebt der LKÖ-Präsident hervor.

Im Stromkostenzuschuss-Gesetz waren bisher nur die Lastprofile H (Haushalt) berechtigt. Heute konnte beschlossen werden, dass auch Privathaushalte, die an landwirtschaftlichen oder gewerblichen Anschlüssen hängen, entsprechend antragsberechtigt sind. Die Betroffenen werden von den Stromversorgern direkt informiert. "Begrüßenswert ist darüber hinaus, dass ein digitales und unbürokratisches Antragssystem vorgesehen ist. Es ist wichtig, dass solche Maßnahmen mehr Nutzen als Mühe mit sich bringen", so Moosbrugger.

Genauere Abwicklungsdetails des Antragsmodells werden laut Landwirtschafts-, Arbeits- und Wirtschaftsministerium - in Abstimmung mit der Landwirtschaftskammer Österreich - im Rahmen einer Verordnung erarbeitet. Etwaige Doppelförderungen werden dabei ausgeschlossen. Ferner ist geplant, dass Anträge noch im Frühjahr 2023 bis zum 31. Mai 2023 gestellt werden können. Mit 1. Juni 2023 soll die Novelle auf den Stromrechnungen für die Dauer von 19 Monaten gültig werden. (Schluss) APA OTS 2023-01-25/12:11

## Öffentliche Anhörung zur EU-Bürgerinitiative "Bienen und Bauern retten"

Bernhuber/Schmiedtbauer: Landwirte haben Urinteresse am Schutz von Bestäubern

Brüssel, 25. Jänner 2023 (aiz.info). - Eine öffentliche Anhörung zur Europäischen Bürgerinitiative "Bienen und Bauern retten" hat im EU-Parlament stattgefunden. Dazu stellen die Europaabgeordneten **Alexander Bernhuber** und **Simone Schmiedtbauer** klar: "Die ideologiegeladene Initiative, die von rund 200 NGOs unterstützt wird, schießt leider am Ziel vorbei, weil sie wesentliche Faktoren wie die Lebensmittelsicherheit nicht berücksichtigt und den Pflanzenschutz pauschal verbieten will. Der Schutz von Artenvielfalt hat in der europäischen Landwirtschaft Priorität, denn der Schutz von Bienen und Bestäubern liegt im Urinteresse der europäischen Landwirtinnen und Landwirte. Der Schutz von Bienen und Unterstützung von Bauern sind die DNA des Bauernbundes", betonten die beiden Europaabgeordneten des Bauernbundes unmissverständlich. Denn die heimische Landwirtschaft trage maßgeblich zum Erhalt und zur Steigerung der Artenvielfalt bei.

Bernhuber, Mitglied im Umweltausschuss im Europäischen Parlament, verdeutlicht die Position gegen die Forderung der Bürgerinitiative nach einer Pestizidreduktion um 80% : "Pauschal den Pflanzenschutz zu reduzieren, hätte fatale Folgen für die europäische Lebensmittelproduktion. Wir müssen komplexer denken, um Biodiversität zu steigern und einen Lebensraum für Insekten zu schaffen. Denn gerade in Zeiten, in denen sich gezeigt hat, wie fragil die Lieferketten sind, dürfen wir unsere Abhängigkeit von Lebensmittelimporten aus Drittstaaten nicht noch weiter erhöhen, wenn es zum Beispiel um Kartoffel oder anderes Gemüse geht."

Schmiedtbauer, Agrarsprecherin der ÖVP im Europaparlament, sagt: "Honigbienen, Wildbienen und andere Insekten erfüllen Aufgaben, die wir Menschen nicht leisten können, ganz besonders in der Landwirtschaft. Es gibt bereits zahlreiche erfolgreiche Beispiele aus der heimischen Landwirtschaft, die gute Lösungsansätze aufzeigen. Botanisch artenreiche Grünlandstreifen neben Ackerland sind

zum Beispiel ein echter Turbo für die Bestäuberpopulation und steigern zugleich die Ertragsfähigkeit der Anbauflächen. Es geht aber völlig an der Realität vorbei, dass wir die Pflanzenschutzmittel in den nächsten sieben Jahren um 80% senken und dabei weiterhin die EU-Bevölkerung mit heimischen Lebensmitteln versorgen können. Die Folgen eines solchen Schritts wären fatal. Wir würden in die 'Import-Falle' tappen. Lebensmittel, die wir dann nicht mehr heimisch produzieren könnten, müssten über lange Transportwege aus Ländern außerhalb der EU importiert werden, wo teils fragwürdige Umweltstandards gelten."

Die beide EU-Abgeordneten verweisen auch auf die positive Bienenbilanz, die Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig vor Kurzem präsentiert hat. "Die Studie bestätigt die stabilen Bestände von Bestäubern in Österreich und zeigt klar auf, dass Umweltschutz und eine nachhaltige Lebensmittelproduktion gemeinsam funktionieren können", sagen Bernhuber und Schmiedtbauer. (Schluss)

## **IGP: Realitätsfremde Bürgerinitiativen gefährden bäuerliche Familienbetriebe**

Importabhängigkeit würde steigen

Wien, 25. Jänner 2023 (aiz.info). - Als "faktenfern" und "unwissenschaftlich" kritisiert **Christian Stockmar**, Obmann der IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP), die EU-Bürgerinitiative "Bienen und Bauern retten", zu der im EU-Parlament ein Hearing von NGO-Vertretern stattgefunden hat. "Die Kampagne wirbt damit, Bauern und Bienen schützen zu wollen - tatsächlich ist beides falsch: Fehlende Wirkstoffe sorgen für Ernteeinbußen und -ausfälle. Damit fehlt den Landwirten Einkommen aus ihrer Produktion, während die eingesetzten Ressourcen verschwendet werden. Der Verlust wirksamer Wirkstoffe hat zudem dazu geführt, dass die Rapsfläche in Europa stark rückläufig ist, wodurch wichtige Trachtflächen für Bienen fehlen. Diese Entwicklung wird verschärft, sollten die Forderungen umgesetzt werden", erklärte Stockmar.

Die Wintertagung des Ökosozialen Forums und die Grüne Woche in Berlin als Foren zur Diskussion von Lösungen zeigen, dass enorme Herausforderungen auf die Landwirtschaft zukommen. Die Betriebe sind künftig gefordert, zur Bewältigung der Versorgungs-, Energie-, Klima- und Biodiversitätskrise beizutragen. "Geht es nach den NGOs, sollten sie das ohne den Einsatz von Betriebsmitteln tun. Dann sind sie jedoch dem steigenden Druck durch Schaderreger hilflos ausgesetzt. Dadurch wären viele zum Aufgeben gezwungen und die Produktion in Österreich wird gefährdet", so Stockmar. "Es ist an der Zeit, Kampagnen auf dem Rücken einer ganzen Branche, die uns verlässlich mit Lebensmitteln versorgt, zu beenden. Die Landwirtschaft braucht keine Kampagnen, die neue Probleme schaffen, sondern einen ehrlichen und konstruktiven Dialog über Lösungen", bringt es der IGP-Obmann auf den Punkt. (Schluss)

## **EU-Kommission legt überarbeitete Initiative für Bestäuber vor**

### Ziele für 2030 und Maßnahmen definiert

Brüssel, 25. Jänner 2023 (aiz.info). - Für den Erhalt wildlebender Bienen und anderer Bestäuber in Europa hat die Europäische Kommission in einer überarbeiteten EU-Initiative Ziele für 2030 und konkrete Maßnahmen definiert. "Bestäuber, diese kleinen Insekten, werden die Zukunft der Natur und die langfristige Ernährungssicherheit bestimmen. Wir brauchen sofortige, gezielte Maßnahmen, um die Bestäuber zu retten, da sie für unsere Ökosysteme, Gesellschaften und Volkswirtschaften von unschätzbarem Wert sind", erklärte EU-Umweltkommissar **Virginijus Sinkevičius**.

Konkret hat die EU-Kommission drei Prioritäten festgelegt, darunter etwa die Verbesserung der Erhaltung von Bestäubern und die Bekämpfung der Ursachen ihres Rückgangs. Dazu will die Kommission beispielsweise die Ausarbeitung von Erhaltungsplänen für bedrohte Bestäuberarten abschließen. Es sollen Bestäuber ermittelt werden, die für Lebensräume typisch, gemäß der Habitat-Richtlinie geschützt sind und die die Mitgliedstaaten schützen sollten. Außerdem wird die Kommission zusammen mit den Mitgliedstaaten ein Konzept für ein Netz von ökologischen Korridoren für Bestäuber - sogenannte "Buzz Lines" - ausarbeiten.

Darüber hinaus soll die Wiederherstellung von Lebensräumen in Agrarlandschaften, insbesondere durch die verstärkte Förderung einer bestäuberfreundlichen Landwirtschaft im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gelingen. Auch die Minderung der Auswirkungen des Einsatzes von Pestiziden auf Bestäuber ist ein Thema, etwa durch rechtliche Anforderungen zur Anwendung des integrierten Pflanzenschutzes oder durch zusätzliche Testmethoden zur Bestimmung der Toxizität von Pestiziden für Bestäuber, einschließlich subletaler und chronischer Auswirkungen. Ferner sollen auch die Lebensräume von Bestäubern in städtischen Gebieten verbessert sowie die Auswirkungen des Klimawandels, invasiver gebietsfremder Arten und anderer Bedrohungen wie Biozide oder Lichtverschmutzung auf die Bestäuber verringert werden.

Eine weitere Priorität der Initiative stellt die Verbesserung der Kenntnisse über den Rückgang der Bestäuber sowie seine Ursachen und Folgen dar. Zu den Maßnahmen gehören die Einrichtung eines umfassenden Überwachungssystems, die Unterstützung von Forschung und Bewertung, zum Beispiel durch Kartierung wichtiger Bestäubergebiete bis 2025, sowie gezielte Maßnahmen zur Förderung des Kapazitätsaufbaus und der Verbreitung von Wissen.

Eine dritte Priorität ist die Mobilisierung der Gesellschaft sowie die Förderung der strategischen Planung und der Zusammenarbeit. Die Mitgliedstaaten werden mit Unterstützung der Kommission nationale Strategien für Bestäuber entwickeln und die Bürger sowie die Wirtschaft zum Handeln ermutigen, beispielsweise indem die Öffentlichkeit sensibilisiert und die Bürgerwissenschaft gefördert wird. (Schluss)

## Wintertagung Ackerbau: Probleme exportieren verbessert globale Klimabilanz nicht

Statt rigider Verbote Betriebsmittel sinnvoll im Sinne der Nachhaltigkeit einsetzen

Wien, 25. Jänner 2023 (aiz.info). - Am Fachtag Ackerbau der Wintertagung 2023 des Ökosozialen Forums Österreich & Europa gingen die Expertinnen und Experten der Frage "Neue politische Rahmenbedingungen, Energie-Krise und Co. - Ist die Versorgung gesichert?" nach. Sie betonten, dass die EU zunehmend gefordert ist, wichtige Güter zu bevorraten und die Eigenversorgung auf einem hohen Niveau zu halten, um Abhängigkeiten zu vermeiden. Dazu sollen Betriebsmittel effizient und im Sinne der Nachhaltigkeit eingesetzt werden, statt Verbote und rigide Einschränkungen auszusprechen. Sie fordern aber auch einen Ausbau der Kreislaufwirtschaft, um den Bedarf an Primärrohstoffen zu senken, den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren und Wertschöpfung in den Regionen zu halten. Nur wenn die Lösung der Herausforderungen in Europa gelingt, trägt man auch zur Verbesserung der Klimabilanz bei.

Pernkopf: Selbst produzieren, unabhängig bleiben

Der Präsident des Ökosozialen Forums Österreich & Europa, **Stephan Pernkopf**, betont, dass Österreich die Krisen der letzten Jahre gut überstanden hat. Er lehnt die neuen Regelungen aus Brüssel ab, die zum Ziel haben, die Produktion zu verringern: "Seit 2019 steigt die Zahl hungernder Menschen und Europa hat eine Verantwortung, daran mitzuwirken, den weltweiten Hunger zu stillen. Europa muss daher seine Lebensmittel selbst und ausreichend produzieren, um den eigenen Bedarf zu decken. Die Bäuerinnen und Bauern können das auch - wir müssen sie nur lassen. Zweitens, müssen wir weg von der aktuellen Fließband- und hin zu einer Kreislaufwirtschaft. Drittens, muss die Bevorratung notwendiger Güter wie Lebensmittel und Medikamente nach dem Vorbild der Schweiz ausgebaut werden, um nicht in Abhängigkeiten zu gelangen. Mit dem Krisensicherheitsgesetz hat die Regierung die Chance, das gesetzlich zu verankern. Und die heimischen Lebensmittel sind am besten, weil sie ökologischer produziert werden, unsere Versorgung sichern, Arbeitsplätze schaffen und die Wertschöpfung in unserem Land halten."

Schmuckenschlager: CO2-Bilanz wird durch Problemexport nicht positiv

Der Präsident der Landwirtschaftskammer Niederösterreich, **Johannes Schmuckenschlager**, sieht bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zwei wesentliche Stoßrichtungen, nämlich die Nachhaltigkeit und die Biodiversität, die das bisherige primäre Ziel der Versorgungssicherheit ergänzen. Um diese Punkte zu vereinen, sieht er drei Möglichkeiten: Erstens müssen Ressourcen schon aufgrund der steigenden Preise, aber auch aus ökologischen Erwägungsgründen effizienter eingesetzt werden. Rigide Regime etwa bei Pflanzenschutz- und Düngemitteln sind nicht immer zielführend. Zweitens Kreisläufe mit Blick auf die Bioökonomie schaffen, die immer stärker greift und die daraus entwickelten Produkte immer besser werden. Die Ernährungsgewohnheiten müssen sich verändern, aber es wird weiterhin eine landwirtschaftliche Produktion brauchen. Drittens sind Umweltzertifikate vor allem in Bereichen gefragt, die eine positive Klimawirkung bringen. Vorrangig geht es in der Diskussion um Humusaufbau, der aber das Risiko des schnellen Verlustes etwa durch Extremwetterereignisse birgt.

"Es werden immer mehr Rohstoffe aus der Produktion und Leistungen verlangt, während der Input verringert wird. Wir dürfen bei der Zieldefinition nicht an Ideologien festhalten, sondern müssen uns an Fakten orientieren, sonst exportieren wir künftig Probleme in andere Länder mit einem höheren CO2-Impact. Das wird nicht funktionieren", so Schmuckenschlager.

Bernhuber: Klimaneutralität ja, aber mit sinnvollen Zielen

**Alexander Bernhuber**, Abgeordneter zum EU-Parlament, reflektiert die Vor- und Nachteile des Green Deals und seiner legislativen Umsetzung. "Wir alle unterstützen das Ziel, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen, aber es gibt in den Programmen und Initiativen viele kritische Punkte, die einer Verbesserung bedürfen." Er nennt vor allem den Vorschlag für die Verordnung zum nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln.

"Die Datengrundlage ist vage, weil viele Länder keine aussagekräftigen Zahlen zur Verfügung haben. Auf dieser Basis lassen sich keine verbindlichen Ziele formulieren. Es gibt rechtsverbindliche Reduktionsziele und der Einsatz in sensiblen Gebieten wird künftig verboten. Das betrifft in Österreich viele Weinbauregionen. Daher will die EU-Kommission biologische Pflanzenschutzmittel ausnehmen. Aber welchen Sinn macht das unter dem Aspekt des Boden- und Umweltschutzes, denn im Weinbau sind das vor allem Kupfer-basierte Präparate. Eine Folgenabschätzung der EU-Kommission hat gezeigt, dass die Kosten in der Landwirtschaft und Lebensmittelpreise sowie die Abhängigkeit steigen. Die EU-Kommission argumentiert das mit dem Hinweis der Klimaziele weg. Das Ziel des verpflichtenden integrierten Pflanzenschutzes bedeutet einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand für die Betriebe. Nicht beantwortet ist jedoch die Frage, was mit den Daten passieren soll und wie ein ausreichender Datenschutz gewährleistet wird", so Bernhuber.

Harringer: Kreislaufwirtschaft trägt zur Lösung der Teller-Trog-Tank-Debatte bei

**Norbert Harringer**, Vorstandsmitglied und Chief Technical Officer der Agrana Beteiligungs-AG, stellt das holistische Nachhaltigkeitsverständnis der Agrana vor. "Wir verwerten 100% der eingesetzten Rohstoffe und nutzen emissionsarme Technologien. Damit wollen wir bis 2040 bei den selbst verursachten Emissionen CO2-neutral sein." Als Beispiel nennt er die Bioraffinerie Pischelsdorf für die Bioethanol-Produktion: "Der Standort wurde kontinuierlich ausgebaut, um Rohstoffe und Reststoffe möglichst gut nutzen zu können. Es wurden Weizenstärkeanlagen errichtet, um Wertstoffe wie Weizenstärke und Vitalgluten vor der Fermentation zu extrahieren und der Industrie zur Verfügung zu stellen. Hier werden alle Bestandteile des Getreides im Sinne der Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft verwertet. Wir produzieren am Standort für Teller, Trog und Tank." Die Hauptdampfversorgung passiert mithilfe einer Dampfleitung von der nahegelegenen Müllverbrennungsanlage, was einen hohen Gesamtwirkungsgrad des Anlagenverbunds ermöglichte.

Metzker: Gemeinsam die Zukunft der heimischen Landwirtschaft sichern

**Christoph Metzker**, Vorstandsdirektor der RWA Raiffeisen Ware Austria, gibt einen Ausblick ins Agrarjahr 2023. Demnach sind ausreichend Düngemittel, Pflanzenschutzmittel und Saatgut verfügbar. Bei den Futtermitteln gab es globale Ernteschwankungen mit Rekordernten in Australien und Indien sowie Einschränkungen in wichtigen Anbaugebieten wie Russland und der Ukraine, aber die Mischfutterwerke sind ausreichend mit Rohstoffen versorgt, so Metzker. Er kritisiert bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, dass China etwa 100% des Weizenbedarfs im Inland auf Lager hat, während es in Europa nur 10% sind. Metzker betont: "Die Herausforderungen für die

Landwirtschaft werden künftig ein Risikomanagement sowie der Trend hin zu Digitalisierung und Automatisierung sein. Wir müssen neue innovative Lösungen in den Markt bringen und darauf achten, dass wir ein feines und gutes Agrarland bleiben, das im internationalen Wettbewerb mit Qualität punktet. Dazu wird es aber die notwendigen Betriebsmittel und einen schonenden Umgang mit Ressourcen wie Wasser und Boden brauchen."

Detaillierte Informationen zur Wintertagung 2023 sowie die Mediathek sind unter [oekosozial.at](http://oekosozial.at) abrufbar. (Schluss)

## Wintertagung Bergwirtschaft: Produktion durch effiziente Flächennutzung erhalten

Interessenausgleich zwischen Land- und Forstwirtschaft, Energiebereich und Tourismus schaffen

Wien, 25. Jänner 2023 ([aiz.info](http://aiz.info)). - Am Fachtag Berg & Wirtschaft der Wintertagung 2023 des Ökosozialen Forums Österreich & Europa diskutierten die Expertinnen und Experten über die "Kreislaufwirtschaft im Alpenraum". Sie betonten, dass aufgrund der knappen zur Verfügung stehenden Flächen und der unterschiedlichen Interessen ein umfassender Austausch aller Stakeholder notwendig ist. Nur dann seien eine effiziente Flächennutzung und eine sinnvolle und nachhaltige Kreislaufwirtschaft möglich, von der alle Seiten profitieren: die Land- und Forstwirtschaft, der Energiebereich und der Tourismus. Dabei müssten alle Möglichkeiten wie etwa Agrar-Photovoltaik und regionale Zusammenarbeit der Betriebe genutzt werden. Dann könnte die Land- und Forstwirtschaft ihre Leistungen wie den Erhalt einer hohen Biodiversität, Natur- und Klimaschutz sowie das Erhalten eines hohen Selbstversorgungsgrads mit Lebensmitteln auch künftig optimal erbringen.

Pernkopf: Heimische Produkte zur Steigerung von Unabhängigkeit und Kreisläufen

Der Präsident des Ökosozialen Forums Österreich & Europa, **Stephan Pernkopf**, betont, dass Österreich die Krisen der letzten Jahre gut überstanden hat. Er lehnt die neuen Regelungen aus Brüssel ab, die zum Ziel haben, die Produktion zu verringern: "Wir müssen ausreichend Lebensmittel produzieren, um unseren Bedarf decken zu können. Dabei müssen wir weg von der aktuellen Fließband- und hin zu einer Kreislaufwirtschaft. Und die Bevorratung notwendiger Güter wie Lebensmittel und Medikamente muss ausgebaut werden, um nicht in Abhängigkeiten zu gelangen. Mit dem Krisensicherheitsgesetz hat die Regierung nun die Chance, die dafür nötigen Schritte zu setzen und auch gesetzlich zu verankern." Er appelliert zudem, heimische Lebensmittel zu kaufen: "Österreich produziert im internationalen Vergleich emissionsärmer und heimische Produkte sichern unsere Versorgung, schaffen Arbeitsplätze und halten die Wertschöpfung in unserem Land".

Geisler: Mehr Wertschätzung für gesteigerte Wertschöpfung

**Josef Geisler**, Agrarlandesrat und Landeshauptmann-Stellvertreter von Tirol, verweist auf die Vorteile einer Kreislaufwirtschaft und das Potenzial der Tiroler Landwirtschaft: "In Tirol wird großer Wert auf eine Qualitätsproduktion gelegt, bei der Tierwohl im Mittelpunkt steht. Aufgrund der eher erschwerten Lage im Alpenraum sind Nebenerwerbe und auch die Förderung der öffentlichen Hand von zentraler Bedeutung. Damit die Wertschöpfung regional gelingen kann, ist aber eine Infrastruktur zur Verarbeitung und zur Belieferung notwendig. Dienstleistungen wie die Energieversorgung sind eine wichtige Stellschraube für die Nachhaltigkeit, hierbei ist darauf zu achten, dass nur wenige Flächen zur Verfügung stehen. Photovoltaikanlagen auf Dächern oder Anlagen, die eine Doppelnutzung der landwirtschaftlichen Fläche ermöglichen, können aber Lösungen sein."

Fankhauser: Gemeinsame Lösungsansätze bei Nutzungskonflikten

**Johannes Fankhauser**, Sektionschef "Landwirtschaft und ländliche Entwicklung" im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, sieht künftig aufgrund der klimatischen Änderungen und einem steigenden Interesse am Alpenraum unterschiedliche Nutzungsinteressen. "Die Debatte über den Konflikt von Weidevieh und Wanderern zeigt, dass es klare Regeln braucht. Eine solche Grundlage kann aber nur gelingen, wenn sich alle Betroffenen an einen Tisch setzen. Die produktive Landwirtschaft ist Grundlage für den Wirtschaftsraum, aber auch der Tourismus benötigt Flächen. Hinzu kommt die Gewinnung von Energie durch Photovoltaikanlagen. Hier gilt es gegen die Bodenversiegelung vorzugehen, Dächer zu nutzen und die ohnehin geringen landwirtschaftlich nutzbaren Flächen nach Möglichkeit zu erhalten."

Doppelbauer: Es braucht neue Wege zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft

**Lisa Doppelbauer**, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Bio Forschung Austria, kritisiert, dass in der EU aufgrund des linearen Wirtschaftsmodells jährlich 2,5 Mrd. t Abfall anfallen. Sie plädiert daher für eine Kreislaufwirtschaft als neues System. "Die Landwirtschaft hat enormes Potenzial, denn die Produkte sind per se nachhaltig und die Inhaltsstoffe müssen nicht aufwändig recycelt werden. Dennoch gibt es Ansatzpunkte, denn in den meisten Betrieben werden Futtermittel und Einstreu zugekauft und oftmals importiert." Um den Verbrauch fossiler Stoffe möglichst gering zu halten, braucht es alternative Möglichkeiten und eine stärkere regionale Zusammenarbeit der Betriebe, so Doppelbauer: "Das Nutzen von regionalen Pflanzen als Einstreu oder zur Fütterung sowie die Vernetzung und gegenseitige Hilfe tragen dazu bei, die Umwelt zu schützen und Wertschöpfung in der Region zu behalten. Erhalten wir den Kreislauf vor unserer Haustür."

Detaillierte Informationen zur Wintertagung 2023 sowie die Mediathek stehen unter [oekosozial.at](http://oekosozial.at) zur Verfügung. (Schluss)

## Bauernbund: Stromkostenbremse auch für Landwirtschaft sichert Versorgung

Haushalte mit landwirtschaftlichem Strom-Lastprofil werden unterstützt

Wien, 25. Jänner 2023 (aiz.info). - Mit der heute beschlossenen Novelle des Stromkostenzuschussgesetzes werden auch Haushalte mit landwirtschaftlichem Strom-Lastprofil für die Stromkostenbremse berücksichtigt. "Es ist gelungen, landwirtschaftliche Betriebe in diese wichtige Entlastung mit aufzunehmen. Die Stromkostenbremse ergänzt die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung, wie etwa den Stromkostenzuschuss für die Landwirtschaft in Höhe von 120 Mio. Euro. Diese vielfältigen Entlastungen unterstützen unsere Familienbetriebe wesentlich. Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig hat sich erfolgreich für ein Antragsmodell eingesetzt, davon profitieren rund 150.000 bäuerliche Familien", begrüßt Bauernbund-Präsident Abg.z.NR **Georg Strasser** den Beschluss.

Um die Familien in Österreich zu entlasten und den Folgen der Teuerung zu entgegnen, wurde mit 1. Dezember 2022 die Stromkostenbremse für Haushalte aktiv. Bislang konnten viele bäuerliche Familien davon noch nicht profitieren: In der Praxis wird der Strom auf Bauernhöfen häufig über einen betrieblichen Stromzähler mit zugeordnetem Lastprofil "Landwirtschaft" bezogen.

Die Umsetzung eines neuen Antragsmodells revidiert die Ungleichbehandlung bäuerlicher Haushalte und bringt spürbare Entlastung auf den Höfen. "Der Bauernhof ist nicht nur Arbeitsplatz, sondern auch Lebensmittelpunkt und Wohnort. Unsere Bäuerinnen und Bauern dürfen keine Benachteiligung erfahren, gerade in Zeiten großer Unsicherheiten. Mit der Stromkostenbremse unterstützen wir unsere bäuerlichen Familienbetriebe", so Strasser.

Die Details werden nun gemeinsam von Landwirtschaftsministerium und Arbeits- und Wirtschaftsministerium erarbeitet und per Verordnung mit 1. Juni 2023 in Kraft treten. Die Novelle soll für die Dauer von 19 Monaten wirksam sein. (Schluss) APA OTS 2023-01-25/13:32

## Bio Austria-Bauerntage 2023 offiziell eröffnet

Grabmann: Vorurteil, Bio wird unleistbar, hat sich nicht bewahrheitet

Wels, 25. Jänner 2023 (aiz.info). - Die Bio Austria-Bauerntage 2023 wurden gestern, Dienstag, offiziell eröffnet. Zum Motto "Mit Bio aktuelle Herausforderungen meistern" informieren bis zum 3. Februar insgesamt 85 Vortragende aus Wissenschaft, Beratung und Praxis im Bildungshaus Schloss Puchberg in Wels über aktuelle Themen im Bereich Bio-Landwirtschaft. "Bio hat sich in der schwierigen Situation der allgemeinen Teuerung als krisenfest erwiesen. Das liegt ganz maßgeblich daran, dass die Konsumentinnen und Konsumenten in Österreich Bioprodukten die Treue halten. Der Bio-Absatz ist daher im Wesentlichen stabil geblieben. Auch wenn die hohe Inflation wie für alle anderen auch für Biohöfe eine Belastung darstellt, können wir daher durchaus positiv in die Zukunft sehen", sagte Bio Austria-Obfrau **Gertraud Grabmann** am Eröffnungstag.

### Stabiler Preis, stabiler Absatz bei Bio-Lebensmitteln

Zudem seien die Preissteigerungen bei Bio-Produkten im Supermarkt-Regal im letzten Jahr deutlich geringer ausgefallen als bei konventionellen Produkten. Zuletzt waren durchschnittliche Aufschläge laut Bio Austria von 3,5% bei Bio und von 7,8% bei konventionellen Lebensmitteln zu verzeichnen. "Dieser Faktor ist wesentlich - und hängt ebenso mit dem stabilen Absatz zusammen. Denn selbstverständlich ist ein stabiler Preis in Zeiten der galoppierenden Inflation für Verbraucher ein wichtiges Argument beim Einkaufen. Das lange gehegte Vorurteil, dass Bio unleistbar sei bzw. dies durch die Teuerung werde, kann man damit zu den Akten legen. Das Gegenteil ist bewiesen - und zwar mitten in einer Teuerungsphase, die uns im Übrigen zeigt, wie abhängig unser Wirtschafts- und Lebensmittelsystem von fossilen Rohstoffen ist", betonte Grabmann.

### Herausforderungen stellen und Veränderungen einleiten

Deutliche Kritik fand die Bio Austria-Obfrau für die Tatsache, dass die Teuerung und andere aktuelle Krisen immer wieder zum Anlass genommen würden, nach einer Rücknahme von Ökologisierung-Bestrebungen in der Landwirtschaft zu rufen. "Die Augen vor der Realität zu verschließen ist selten eine gute Wahl", befand Grabmann.

### Lebensmittelversorgung sichern und planetare Grenzen einhalten

Nach der Eröffnung ging **Knut Schmidtke**, Direktor des FiBL Schweiz, auf die Notwendigkeit ein, die Lebensmittelversorgung sicherzustellen und gleichzeitig die planetaren Grenzen einzuhalten. Diesbezüglich stellte er die Lösungskompetenz von Bio-Landwirtschaft heraus, etwa in Form des Verzichts auf Mineraldünger und chemisch-synthetische Pestizide. "Der Bio-Landbau erbringt erwiesenermaßen wesentliche ökologische Systemleistungen, die ihn zu einem wirksamen und unverzichtbaren Instrument zur Ökologisierung der Landwirtschaft und zur Bewältigung bestehender Herausforderungen, wie dem Klimawandel, machen", so Schmidtke.

### Spekulationen mit Lebensmitteln als Ursache für Preisexplosionen

**Jürgen Maier**, Geschäftsführer des Forum Umwelt und Entwicklung in Berlin, machte in seinem Vortrag anhand des Krieges Russlands gegen die Ukraine auf die Problematik von bestehenden Abhängigkeiten und Preisbildungsmechanismen und deren Konsequenzen für die Bevölkerung in Entwicklungsländern aufmerksam. Die Preissteigerungen etwa bei Weizen seien nicht in erster Linie durch Minderproduktion zustande gekommen, sondern seien vorrangig die Konsequenz von internationalen Preisspekulationen mit Getreide, so die Meinung des Experten. Die Preisbildungsmechanismen müssten aus Sicht von Maier geändert werden, um regionalen Kleinbauern in Entwicklungsländern wieder ein Auskommen zu ermöglichen.

### Mikrobäckereien ermöglichen lokale Selbstversorgung in Afrika

**Helmut Gragger**, Biobäcker und Inhaber der Gragger & Cie GmbH in Wien, lieferte Einblicke in bestehende Sozialprojekte seines Unternehmens in Afrika. Im Rahmen einer teilweise gemeinsam mit der Austrian Development Agency und der Caritas geführten Initiative werden dort in mehreren Ländern, wie etwa dem Senegal und Uganda, Mikrobäckereien aufgebaut, die den jeweiligen Gegebenheiten angepasst sind. Zum Einsatz kommt der von Gragger entworfene und auch in Österreich verwendete Holzofen, der in Afrika kostengünstig mit selbst erzeugten Briketts aus vor Ort vorhandenen Rohstoff-Abfällen, wie etwa Reisschalen betrieben werden kann. Dadurch werden maßgebliche Kosten eingespart - was gerade angesichts der massiv angestiegenen Rohstoffpreise wesentlich ist - wodurch wiederum mehr Mitarbeiter als in der Region üblich eingestellt werden und somit neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. "Die Projekte sichern so Selbstversorgung mit Brot für die Menschen vor Ort und fördern so lokale Ernährungssouveränität", betonte Gragger. (Schluss)